



Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

TransnetBW GmbH
Herrn Stefan Zeltner
Osloer Str. 15-17
70173 Stuttgart

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
13.08.2018

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
608-18-020
608a

☎ (02 28)
14-7277
oder 14-0

Bonn
06.11.2018

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks RDK 4S (BNA0514) des Rheinhafen-Dampfkraftwerks am Standort Karlsruhe
Aktenzeichen: 608-18-020

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

TransnetBW GmbH, Osloer Str. 15-17, 70173 Stuttgart, vertreten durch die Geschäftsführung

- Antragstellerin -

unter Beteiligung der

EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Schelmenwasenstr. 15, 70567 Stuttgart, vertreten durch den Vorstand

- Beteiligte zu 1 -

und der

Stadtwerke Karlsruhe GmbH, Daxlander Str. 72, 76185 Karlsruhe, vertreten durch die
Geschäftsführung

- Beteiligte zu 2 -

wegen

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks RDK 4S
(BNA0514) des Rheinhafen-Dampfkraftwerks am Standort Karlsruhe

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

am 06.11.2018 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin auf Genehmigung der Ausweisung des von der Beteiligten zu 1
und der Beteiligten zu 2 betriebenen Kraftwerksblocks RDK 4S (BNA0514) des Rheinhafen-
Dampfkraftwerks am Standort Karlsruhe als systemrelevant gemäß § 13b Abs. 2 EnWG wird

beginnend ab dem 01.10.2019 bis zum Ablauf des 30.06.2020 unbedingt

und

mit einer Geltung vom 01.07.2020 bis zum Ablauf des 31.03.2021 unter der aufschie-
benden Bedingung, dass und soweit für diesen Zeitraum eine beihilferechtliche
Genehmigung der Europäischen Kommission zur Vergütung bei geplanten Stilllegungen
von Anlagen nach § 13b EnWG bis zum Ablauf des 30.06.2020 erteilt wird,

genehmigt. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

2. Die Genehmigung wird mit der Auflage gegenüber der Antragstellerin verbunden, dass die
Antragstellerin unverzüglich nach Erteilung der beihilferechtlichen Genehmigung der Europäi-
schen Kommission einen erneuten entsprechenden Genehmigungsantrag zu stellen hat, sofern
der Kraftwerksblock RDK 4S (BNA0514) des Rheinhafen-Dampfkraftwerks am Standort
Karlsruhe über den 31.03.2021 hinaus systemrelevant ist

Gründe:

I.

Mit Schreiben vom 09.12.2016 zeigte die Beteiligte zu 1 gegenüber der Bundesnetzagentur sowie gegenüber der Antragstellerin an, dass die Anlage RDK 4S des Rheinhafen-Dampfkraftwerks am Standort Karlsruhe (BNA0514) mit einer Nennleistung von 353 MW, an der sie über einen Miteigentumsanteil von 75 Prozent verfügt, unter Berücksichtigung der in § 13b Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 EnWG gesetzlich vorgeschriebenen Frist von zwölf Monaten zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch zum 09.12.2017 ohne Konservierungsmaßnahmen außer Betrieb genommen werden soll. Die Beteiligte zu 2, die über einen Miteigentumsanteil von 25 Prozent an der Anlage verfügt, erklärte in einem Schreiben vom 20.12.2016, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 21.12.2016, dass sie sich den Inhalt des Schreibens der Beteiligten zu 1 vom 09.12.2016 zu eigen mache und gab eine entsprechende Stilllegungsanzeige ab.

Mit Schreiben vom 23.12.2016 erklärte die Antragstellerin, dass die verfahrensgegenständliche Anlage systemrelevant sei und beantragte gegenüber der Bundesnetzagentur die Genehmigung dieser Systemrelevanzausweisung gemäß § 13b Abs. 5 EnWG bis zum 31.03.2020. Mit Bescheid vom 22.03.2017 (Az: 608-16-016) entschied die Bundesnetzagentur, dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Antragstellerin lediglich bis zum Ablauf von zwölf Monaten ab dem Tag der Inbetriebnahme des Engpassbewirtschaftungsverfahrens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich stattzugeben, längstens jedoch bis zum Ablauf des 31.03.2020. Im Übrigen wurde der Antrag abgelehnt.

Mit Schreiben vom 13.08.2018, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am selben Tage, beantragte die Antragstellerin die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der verfahrensgegenständlichen Anlage RDK 4S am Standort Karlsruhe „bis mindestens zum 31.03.2021“.

Die Bundesnetzagentur leitete auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein.

Mit Schreiben vom 21.09.2018 äußerte sich die Beteiligte zu 1 zum Antrag der Antragstellerin wie folgt: Vor dem Hintergrund, dass es sich bei der Netzreserve nach Auffassung der Europäischen Kommission um eine unionsrechtlich relevante Beihilfe im Sinne des Art. 107 AEUV handelt, die unter dem Vorbehalt einer Genehmigung durch die Kommission stehe, eine solche Genehmigung bislang indes aber nur bis zum 30.06.2020 bestehe, sei eine unbedingte Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Antragstellerin über den 30.06.2020 hinaus nicht akzeptabel; vielmehr müsse diese unter der Bedingung erteilt werden, dass eine entsprechende beihilferechtliche Genehmigung der europäischen Kommission auch für den nachfolgenden Zeitraum erteilt werde. Die beihilferechtliche Genehmigung müsse auch rechtzeitig vor dem

30.06.2020 vorliegen, um Planungssicherheit insbesondere hinsichtlich der Bereitstellung von Betriebspersonal zu gewährleisten. Ein unerwartetes Ende der Systemrelevanz bzw. der Kostenerstattung zum 30.06.2020 wäre für die Beteiligte höchst problematisch, da die Erhaltung der Betriebsbereitschaft der betreffenden Blöcke sehr personalintensiv sei und den Abschluss länger laufender Dienstleistungsverträge erforderlich mache.

Mit E-Mail vom 06.11.2018 äußerte die Beteiligte zu 2, sich dem Schreiben der Beteiligten zu 1 vom 21.09.2018 anschließen zu wollen.

Am 01.10.2018 erfolgte die Inbetriebnahme des Engpassbewirtschaftungsverfahrens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks RDK 4S des Rheinhafen-Dampfkraftwerks am Standort Karlsruhe (BNA0514) mit einer Nennleistung von 353 MW ist beginnend ab dem 01.10.2019 bis zum Ablauf des 30.06.2020 unbedingt und mit einer Geltung vom 01.07.2020 bis zum Ablauf des 31.03.2021 unter der aufschiebenden Bedingung stattzugeben, dass und soweit auch für diesen letzteren Zeitraum eine entsprechende beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission zur Vergütung bei geplanten Stilllegungen von Anlagen nach § 13b EnWG spätestens bis zum Ablauf des 30.06.2020 erfolgt. In-soweit ist der Antrag zulässig und begründet. Im Übrigen ist er zulässig, aber unbegründet.

1. Die Voraussetzungen für die Genehmigung des Antrags gemäß § 13 Abs. 5 EnWG liegen vor.
 - a) Die Antragstellerin ist als systemverantwortlicher Übertragungsnetzbetreiber antragsbefugt. Die Erzeugungsanlage befindet sich auch in ihrer Regelzone und überschreitet mit einer Nennleistung von 353 MW den in § 13b Abs. 5 Satz 1 EnWG benannten Schwellenwert. Dem Antrag der Antragstellerin ging auch eine endgültige Stilllegungsanzeige, nämlich das Schreiben der Beteiligten zu 1, das sich die Beteiligte zu 2 zu eigen machte, vom 09.12.2016, voraus, in dem deutlich zum Ausdruck kommt, dass der Kraftwerksblock RDK 4S ohne Konservierungsmaßnahmen außer Betrieb genommen werden soll.
 - b) Die Antragstellerin nimmt mit ihrer Ausweisung der Systemrelevanz zu Recht an, dass die verfahrensgegenständliche Anlage systemrelevant ist. Eine Anlage ist gemäß § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG systemrelevant, wenn ihre Stilllegung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung

der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann.

aa) Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit des Kraftwerksblocks RDK 4S am Standort Karlsruhe in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung von Frequenz, Spannung oder Stabilität durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann, was eine Gefährdung der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV darstellt. Diesbezüglich hat die Antragstellerin zur Überzeugung der Bundesnetzagentur dargelegt, dass die verfahrensgegenständliche Anlage zur Behebung von Netzengpässen durch strombedingte Redispatch-Einsätze mindestens bis zum 31.03.2021 benötigt wird, um den vorgenannten Sicherheitsstandard zu gewährleisten. Denn ohne die Verfügbarkeit der Anlage RDK 4S am Standort Karlsruhe zum strombedingten Redispatch kann die Systemsicherheit nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden. Dies ergibt sich aus der aktuellen Feststellung des Netzreservebedarfs der Bundesnetzagentur¹, die gemäß § 13b Abs. 2 Satz 3 EnWG zur Begründung der Systemrelevanz von zur Stilllegung angezeigten Kraftwerken herangezogen werden soll. Aus der vorgenannten Netzreservebedarfsfeststellung geht hervor, dass den Übertragungsnetzbetreibern infolge einer stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit dieses Kraftwerksblocks mit 353 MW und der damit einhergehenden Reduzierung der Redispatch-Leistung insgesamt zu wenig Redispatch-Leistung zur Verfügung stünde, um das Übertragungsnetz in den untersuchten Netzsituationen unter Einhaltung des genannten Sicherheitsstandards zu betreiben.

bb) Zutreffend geht die Antragstellerin daher davon aus, dass die endgültige Stilllegung der Anlage RDK 4S am Standort Karlsruhe mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. Die Vorschrift in § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, wenn die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung

¹ Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2018/2019 sowie das Jahr 2020/2021 und zugleich Bericht über die Ergebnisse der Prüfung der Systemanalysen vom 27. April 2018, abrufbar unter: www.bundenetzagentur.de/netzreserve (Stand: 13.07.2018).

des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden.

- c) Die Antragstellerin nimmt mit ihrer Systemrelevanzausweisung zu Recht an, dass für die Dauer ihrer bis zum 31.03.2021 geltenden Ausweisung keine mildereren, gleich geeigneten Maßnahmen bereitstehen, um die Gefährdungslage zu beseitigen, als die Systemrelevanzausweisung des in Rede stehenden Kraftwerksblocks.
- d) Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Umfang der Anlage zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte verfügbare Nennleistung des Kraftwerksblocks RDK 4S beziehen, die physikalisch für die Netzstabilitätsmaßnahmen der Übertragungsnetzbetreiber herangezogen werden kann, da deren gesamte Verfügbarkeit auch in den zuvor angesprochenen Bedarfsfeststellung als notwendig erachtet wurde.
- e) In zeitlicher Hinsicht ist die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG auf den Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Dabei soll die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 9 EnWG grundsätzlich eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Die Antragstellerin hat keinen Beginn des Ausweisungszeitraums genannt. Eine Auslegung des Antrags ergibt indes, dass die verfahrensgegenständliche Anlage bis „mindestens“ zum 31.03.2021 als systemrelevant eingeschätzt wird und daher ein nahtloses Anknüpfen an den bislang durch Bescheid vom 22.03.2017 (Az: 608-16-016) genehmigten Ausweisungszeitraum erforderlich ist. Dieser endet gem. § 31 Abs. 1 VwVfG i.V.m. §§ 187 Abs. 2, 188 Abs. 2 BGB mit Ablauf des 30.09.2019. Der Ausweisungszeitraum beginnt somit am 01.10.2019, 00:00 Uhr. Obwohl die Antragstellerin ihren Antrag zeitlich nicht starr befristet hat, sondern von einem Zeitraum bis „mindestens“ zum 31.03.2021 nennt, war ein längerer Zeitraum nicht zu gewähren. Zwar geht sogar die Beteiligte davon aus, dass es „zielführender“ wäre, den Ausweisungszeitraum möglichst in die Länge zu ziehen. Zu beachten ist aber, dass die Bundesnetzagentur die Systemrelevanzausweisung nur für einen Zeitraum genehmigen darf, für den der systemverantwortliche Übertragungsnetzbetreiber die Systemrelevanz auch verbindlich und nachvollziehbar festge-

stellt hat. Die Antragstellerin hat diesbezüglich keine substantiierten Ausführungen gemacht und insbesondere offen gelassen, bis zu welchem Zeitpunkt sie die Systemrelevanz als gegeben ansieht. Diesbezügliche Nachweise fehlen. Eine über den 31.03.2021 hinausgehende Genehmigung war daher nicht angezeigt.

- f) Die verfahrensgegenständliche Systemrelevanzausweisung war nicht, wie von der Antragstellerin beantragt, für den gesamten Zeitraum vom 01.10.2019 bis zum 31.03.2021 unbedingte Genehmigung, sondern nur bis zum 30.06.2020, 24:00 Uhr unbedingte und darüber hinaus mit einer Geltung vom 01.07.2020, 00:00 Uhr bis zum 31.03.2021, 24:00 Uhr gemäß § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG unter der aufschiebenden Bedingung, dass und soweit für diesen letzteren Zeitraum eine entsprechende beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission zur Vergütung bei geplanten Stilllegungen von Anlagen nach § 13b EnWG spätestens bis zum Ablauf des 30.06.2020 erteilt wird.

aa) Nach § 118 Abs. 18 Satz 1 Nr. 1 EnWG darf die Vergütung von Anlagenbetreibern im Rahmen der Netzreserve erst nach der beihilferechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission und nach Maßgabe und für die Dauer dieser unionsrechtlichen Genehmigung erfolgen. Die Europäische Kommission, Generaldirektion Wettbewerb, hat eine entsprechende Genehmigung mit Wirkung bis zum 30.06.2020 erteilt (Schreiben der Europäischen Kommission vom 20.12.2016, C(2016) 8742 final, „Staatliche Beihilfe SA.42955 (2016/N-2) – Deutschland – Netzreserve“). Gemäß dem vorgenannten Schreiben der Europäischen Kommission handelt es sich bei der Netzreserve um eine Beihilfe, die nach ihrer Einschätzung gemäß Art. 107 Abs. 3 lit. c) AEUV zunächst nur bis zum 30.06.2020 mit dem Binnenmarkt vereinbar ist. Zwar hat die Europäische Kommission angedeutet, dass sie auf einen entsprechenden Antrag der Bundesrepublik Deutschland hin erneut darüber entscheiden würde, ob die entsprechenden Regelungen zur Netzreserve auch über den 30.06.2020 hinaus mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann darüber jedoch keine Aussage getroffen werden.

Vor diesem Hintergrund ist es angezeigt, den über den 30.06.2020 hinaus gehenden Ausweisungszeitraum unter der vorgenannten aufschiebenden Bedingung zu erteilen.

bb) Mit dieser Einschränkung entspricht die Bundesnetzagentur auch den berechtigten Interessen der Beteiligten zu 1 und zu 2. Die Beteiligte zu 1 trägt zu Recht vor, dass die Unsicherheiten hinsichtlich der beihilferechtlichen Genehmigung zum Fortbestand der Regelungen zur Netzreserve eine aufschiebende Bedingung erfordern.

Die Auffassung der Beteiligten, wonach die Systemrelevanzausweisung bezogen auf den Zeitraum ab dem 01.07.2020 auch bedingt nur dann akzeptabel sei, wenn die beihilferechtliche Regelung rechtzeitig vor dem 30.06.2020 vorliege, findet in den gesetzlichen Regelungen zur Netzreserve indes keine Stütze. Vielmehr hat die Antragstellerin ein berechtigtes Interesse daran, dass der Prozess der endgültigen Stilllegung (z.B. durch Maßnahmen zum Personalabbau) nicht bereits während der bis zum 30.06.2020 unbedingt genehmigten Systemrelevanzausweisung eingeleitet wird, da auch während dieser Zeit die Möglichkeit besteht, dass eine erneute beihilferechtliche Genehmigung der Europäischen Kommission kurzfristig – gegebenenfalls wenige Tage – vor dem 30.06.2020 erteilt wird und der Kraftwerksblock RDK 4S sodann ohne Weiteres für den gesamten beantragten Zeitraum der verfahrensgegenständlichen Systemrelevanzausweisung, also bis zum 31.03.2021, als Bestandteil der erforderlichen Netzreservekapazität zur Gewährleistung der Systemsicherheit erhalten bliebe. Insbesondere mit Blick auf das überragende öffentliche Interesse an einer sicheren und zuverlässigen Stromversorgung und der zu diesem Zweck gemäß der Systemrelevanzausweisung der Antragstellerin mindestens bis zum 31.03.2021 erforderlichen Verfügbarkeit des verfahrensgegenständlichen Kraftwerksblocks ist es daher geboten, dass bis zum Ablauf der bis zum 30.06.2020 unbedingt genehmigten Systemrelevanzausweisung seitens der Beteiligten keine Maßnahmen zur Vorbereitung der endgültigen Stilllegung ergriffen werden, die einem Weiterbetrieb dieser Erzeugungsanlage ab dem 01.07.2020 entgegenstehen.

- g) Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung statt zu geben ist, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist. Das im Hinblick auf die Nebenbestimmungen der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG zustehende Ermessen hat die Bundesnetzagentur, wie aus den vorstehenden Ausführungen ersichtlich, sachgerecht ausgeübt.

2. Die Genehmigung wird gemäß § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG mit der Auflage gegenüber der Antragstellerin verbunden, dass diese unverzüglich nach Erteilung der beihilferechtlichen Genehmigung der Europäischen Kommission zur Vergütung bei geplanten Stilllegungen von Anlagen nach § 13b EnWG einen erneuten entsprechenden Genehmigungsantrag zu stellen hat, sofern der verfahrensgegenständliche Kraftwerksblock RDK 4S über den 31.03.2021 hinaus systemrelevant ist. Mit dieser Auflage berücksichtigt die Bundesnetzagentur die berechtigten Interessen der Beteiligten insbesondere hinsichtlich

einer Planungssicherheit in Bezug auf die betroffene Anlage.

Gleichzeitig sind keine Umstände ersichtlich, die dafür sprechen, dass die Auflage gemäß Ziffer 2 des Tenors zu einer unangemessen Beeinträchtigung der Interessen der Antragstellerin führt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 06.11.2018

Im Auftrag



Achim Zerres

(Abteilungsleiter Energieregulierung)